

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908**

12.1.1908 (No. 11)



# Karlsruher Zeitung.

Samstag, 12. Januar.

№ 11.

1908.

Expedition: Karl-Friedrich-Str. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.  
Borausbezahlung: wöchentlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.  
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.  
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

## Ämtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 4. Januar d. J. gnädigst geruht, den Architektent und Professor an der Baugewerkschule August Stürzenacker in Karlsruhe unter Verleihung des Titels Bauart und unter Befassung des Titels Professor zum bautechnischen Referenten des Ministeriums des Innern zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 10. Januar d. J. gnädigst geruht, den Landgerichtspräsidenten Dr. Wolf West in Mosbach zum Senatspräsidenten beim Oberlandesgericht und den Landgerichtsdirektor Heinrich Eissenlohr in Freiburg zum Landgerichtspräsidenten in Mosbach zu ernennen.

## Nicht-Ämtlicher Teil.

### Zur Krisis im Flottenverein.

Von einem Delegierten zum Flottenvereinstag wird der „Südd. Reichsforst.“ geschrieben:

Je mehr wir uns dem Tage der Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins nähern, desto leidenschaftlicher wird die Erörterung der Streitfrage in den dem Präsidium zur Seite gehenden Blättern. Ihre Artikel werden an Persönlichkeiten verschickt, von denen man weiß, daß sie berufen sind, in der Vertreterversammlung abzustimmen, und zwar auch an solche Delegierte, deren gegenläufige Stellungnahme außer Zweifel steht. Da es sich bei der Wahl des Herrn General Keim um Prinzipien handelt, deren Wahrung durch die Vereinssatzungen geboten wird, ist nicht abzusehen, was mit dieser Stimmungsfrage erreicht werden soll; sie wird vielmehr nur erbitternd wirken, da aus diesen Pressfundengebungen zu ersehen ist, wie der Opposition Beweggründe für ihre ablehnende Haltung untergeschoben werden, die ihrem Vorgehen durchaus fremd sind und fremd bleiben werden. Es muß insbesondere auffallen, daß norddeutsche Blätter, deren ungewisselhaftes vaterländische Gesinnung im deutschen Süden anerkannt ist, die Flottenvereinsangelegenheit in einer Form behandeln, welche peinliche Empfindungen auslösen muß. Es ist offenbar Widerwille, wenn nicht gar gewollte Entstellung, die in einem großen Teile Süddeutschlands gegen das Flottenvereinspräsidium ausgebrochene Segnerschaft auf Eigenbrödel und Zentrumsfreundlichkeit zurückzuführen. Von ersterer kann keine Rede sein, weil die bisherige tatkräftige Mitwirkung der jetzt so leichtlich herausgeforderten Vereinsmitglieder jeden Zweifel in ihre Hingebung an die vom Flottenverein erstrebten Zwecke für unbefangene Beurteiler der Sachlage ausschließt, und was die angebliche Hinneigung zum Zentrum betrifft, so beschränkt sie sich auf die selbstverständliche Rücksicht, die man der für jeden Flottenfreund erfreulichen Anteilnahme katholischer Mitglieder an den Vereinsbestrebungen schuldet, und die aus der jahrelangen Arbeitsgemeinschaft Herrn Keim zuliebe hinausdrängen kein süddeutscher Politiker gewillt sein wird, der eine weitere Entfremdung der Konfessionen als ein nationales Unglück betrachtet und es hinstanhalten will. Ein Miß auf die Wahlstatistik der süddeutschen Staaten müßte die Herren, die in norddeutschen Redaktionen ihre Federn zum Kampfe gegen die süddeutschen „Nörgler“ spitzen, belehren, daß katholisch und Zentrum denn doch noch nicht gleichbedeutend ist, und wir können nur warnend die Tatsache feststellen, daß durch seine, die tatsächlichen Verhältnisse im deutschen Süden völlig ignorierende Art der Polemik ein Teil der norddeutschen Keim-Press freimillige Zentrumsarbeit verrichtet. Mag immerhin die Kaffeler Tagung zahlenmäßig ein Erfolg des Präsidiums werden — er wird mit einem großen Stück, in jahrzehntelanger nationaler Verständigungsarbeit angeammelten Vertrauenskapitals bezahlt sein.

### Die preussische Wahlrechtsdebatte.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

Berlin, 10. Januar.

Malkewitz (konf.): Daß der Ministerpräsident die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf Preußen ablehnen würde, haben wir erwartet. Wir haben nicht angenommen, daß die Stellung der Regierung eine grundlegend andere werden

sönnte als vor 2 Jahren, als Herr v. Bethmann-Hollweg hier ausdrücklich erklärte, daß die Adoption des Reichstagswahlrechts für die preussische Regierung unannehmbar sei. Nicht die Wünsche einzelner oder die mehr oder minder lauten Demonstrationen in der Presse und auf der Straße, wie wir sie heute erleben, geben den Ausschlag für die Reformfrage, sondern einzig und allein das Interesse des preussischen Staates, das über das Interesse des einzelnen Staatsbürgers hinausgeht. Daß aber das preussische Staatsinteresse unter dem bestehenden Wahlrecht irgendwie gelitten habe, den Beweis sind Sie uns schuldig geblieben, den können Sie gar nicht führen angesichts der glänzenden Stellung Preußens im Deutschen Reich sowohl in bezug auf seine Verwaltung wie auf seine finanziellen Verhältnisse. Wenn sich mancher Wählerkreise bezüglich des Wahlrechts jetzt eine lebhaftere Erregung bemächtigt hat, so ist das weniger zurückzuführen auf die angeblichen Schlechtigkeiten des Wahlrechts als auf die ganze Art und Weise, wie die Bevölkerung diesmal zugunsten einer Wahlreform in Bewegung gesetzt worden ist. Es ist charakteristisch an dieser Bewegung, daß es namentlich unsere nicht preussischen Politiker sind, die uns mit einem neuen Wahlrecht beglücken wollen. Man solle uns doch mit Maßschlägen für die innere Einrichtungen unseres Hauses versehen. Auch in den Reihen der Freisinnigen sind es verhältnismäßig recht wenig Leute, die an dem Reichstagswahlrecht eine ganz reine Freude haben. Aus der Vergangenheit erinnere ich an Namen wie Virchow und Lafer, aus unserer Gegenwart verdient der Abg. Bachmide den Vortritt. Er hat in seiner bekannten Schrift Liberalismus und Kulturpolitik sich auch über das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht ausgesprochen und ist dabei zu einer Kritik gekommen, die wunderbar übereinstimmt mit der unsrigen. Auch auf dem Delegiertentag der Freisinnigen Vereinigung vom Jahre 1906 wurde lebhafter Widerspruch gegen die Ausdehnung des Reichstagswahlrechts auf die Bundesstaaten erhoben. Die Kritik am Wahlrecht ist immer stärker, wenn sie von links auftritt. Das Wort, das Dreiklassenwahlrecht sei das allerhöchste und höchste für Hottentotten und Papuas geeignet, stammt, wenn ich nicht irre, von einem Vertreter der nationalliberalen Jugend. Die Bedeutung der geheimen Wahl für die Arbeiterklassen hat der Abgeordnete Eduard Bernstein im Reichstage sehr erheblich abgeschwächt. Aus alledem ziehe ich den Schluß, daß das Reichstagswahlrecht auch in den Augen vieler seiner Anhänger nicht ein so hohes Ideal ist.

Meine Freunde haben mich nun einmütig und einstimmig mit folgender Erklärung beauftragt: Im Hinblick darauf, daß die Erfahrung uns gelehrt hat, daß die auf Grund des bestehenden Landtagswahlrechts gewählte Volksvertretung sich als völlig geeignet erwiesen hat, sowohl die verfassungsmäßigen Rechte aller Schichten der Bevölkerung zu vertreten als auch mit der Regierung zusammenbringend zum gemeinsamen Wohl des Landes zusammenzuarbeiten, als endlich auch allen bestehenden bürgerlichen Parteien eine maßgebende Vertretung zu gewähren, vermögen wir ein praktisches Bedürfnis für eine Abänderung dieses Wahlrechts nicht zu erkennen. Wir halten vielmehr an den bewährten Grundlagen desselben, insbesondere an der durch die Klasseneinteilung der Wähler ausschlaggebenden Bedeutung des Mittelstandes in Stadt und Land und an der unserm Volksscharakter angemessenen öffentlichen Stimmabgabe durchaus fest; wir vermögen in dem preussischen Wahlrecht eine Beeinträchtigung der breiten Volksmassen nicht zu erblicken, lehnen also eine Aenderung des Wahlrechts in Preußen als unserm Staatswesen widersprechend ab. Wir können gegenwärtig auch dem von der Regierung in Aussicht gestellten Ruralwahlrecht, dessen praktisches Aussehen sich noch in keiner Weise übersehen läßt, nicht zustimmen. Wir erachten auch eine Aenderung der Wahlbezirkseinteilung, nachdem erst vor kurzem eine solche Aenderung vorgenommen worden ist, nicht für erforderlich. Wir werden diese unsere Stellungnahme vor unsern Wählern im Lande vertreten, und unsere Wähler haben zu entscheiden, ob wir damit zum Nachteil oder zum Vorteil und zum Segen des preussischen Volkes gearbeitet haben. Wir sind davon überzeugt, daß das letztere der Fall ist. Wiederholter lebhafter Beifall rechts. Wiederholtes Zischen links.

Dr. Borch (Ztr.): Die Zentrumsfraktion hat als erste 1873 die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen verlangt und hat an diesem Standpunkt seitdem unentwegt festgehalten. In Wahrung dieses Standpunktes werden wir Nr. 1 des Antrages zustimmen. Die Zentrumsfraktion, nicht bloß dieses Hauses, sondern auch des Reichstages, hat gleichmäßig stets daran festgehalten, daß die arithmetische Bevölkerungszahl nicht zur stets wechselnden Grundlage der Einteilung der Wahlkreise gemacht werden kann. Von diesem grundsätzlichen Standpunkte aus lehnen wir Nr. 2 ab. Ich bedauere, daß die Einführung der geheimen Abstimmung nicht wenigstens in Aussicht gestellt worden ist, um die freie Abstimmung nicht nur nach oben, sondern auch nach unten zu sichern. Zu dem ganz im allgemeinen in Aussicht gestellten Entwurf werden wir erst, wenn er vorgelegt werden wird, Stellung nehmen können. Ich zweifle im höchsten Maße, ob wir werden zustimmen können.

Dr. Krause (nat.): Im Namen meiner politischen Freunde habe ich zu erklären, daß die Aenderung des Ministerpräsidenten namens der Staatsregierung im großen ganzen in ihrem positiven Teil die Zustimmung meiner Freunde findet. Was uns nicht gefällt, ist, was der Ministerpräsident nicht gesagt hat. Es bezieht sich das, wenn ich diese Erklärung anziehen darf — und sie ist abzugeben überhaupt zu dem Antrag der Freisinnigen — auf den Teil des Antrages bezüglich der Abänderung der Wahlbezirke. In dieser Beziehung ist die Stellung meiner politischen Freunde dieselbe wie in den letzten Jahren. Ich hätte gehofft und gewünscht, daß die Regierung auch zu diesem Antrag Stellung nimmt. Ueber die Ausführungen des Vertreters der konservativen Partei bin ich in hohem Grade erstaunt gewesen. Auch die Art seiner Begrün-

(Mit einer Beilage.)

dung, der Blütenlese aus Zeitungen und Erklärungen einzelner Personen, ist der Bedeutung des Gegenstandes nicht voll gerecht geworden. Zu behaupten, daß das Wahlrechtshaus, in dem wir wohnen, ein vollkommen intaktes und unerschütterliches ist, heißt die Augen verschließen dem Lande gegenüber. Das Land hat selbst in unerfährter Weise zu erkennen gegeben, daß ihm das Wahlrecht nicht mehr den Verhältnissen zu entsprechen scheint; denn wenn man gegenüber der letzten Wahlbeteiligung bei den Reichstagswahlen — bei der letzten Wahl haben sich, glaube ich, 85 Prozent beteiligt — die jämmerlich geringe Beteiligung bei der Landtagswahl sieht, dann kann niemand mehr behaupten, daß das gegenwärtige Wahlrecht der großen Menge des Volkes noch als genügend erscheint. Also die Bedürftigkeit, dieses Wahlrechtsfundament zu ändern, wird man nicht mehr von der Hand weisen können. Nun ist besonders betont worden, daß ja bisher der Staat Preußen vollkommen seine Pflicht erfüllt habe, auf der Höhe siehe, gute Finanzen habe usw. Das erinnert sehr an den Ausspruch eines von uns sehr verehrten früheren Kollegen v. Meyer-Arnswalde: Ja, es geht auch so! Ja, es geht vielleicht auch noch eine Weile. Aber ob nicht gerade ein kluger Politiker etwas vorausschauend denkt und vorbeugt, die Zeichen der Zeit, die zweifellos da sind, erkennt und sich nun auf eine andere Weise einrichtet, das will ich mal dahingestellt sein lassen. Die Erklärung der Regierung durch den Ministerpräsidenten befriedigt uns, weil die Möglichkeit einer eingreifenden Reform gegeben wird, dahin, daß die Einteilung, die wir haben, in der Weise nicht aufrecht erhalten werden kann und eine einschneidende Reform vorgenommen wird, und daß man in anderer Weise die Stimmen zu bewerten sucht. Es kann dahingestellt bleiben, ob auf dem Boden des Klassenwahlrechts oder auf dem Boden eines andern neuen Systems diese Wahlreform kommen wird, das werden wir abwarten. Ich vermute nicht, daß das Reichstagswahlrecht können wir nicht abgeben; es ist auch sonst unerschütterlich, wie wir alle wissen, und ich möchte deshalb unsere Freunde von der linken Seite bitten, doch auf den Standpunkt zu treten, nicht weiter einem unerreichbaren Ideal — zurzeit wenigstens — nachzugehen, sondern praktisch mitzuarbeiten auf einem Wege, der doch in etwas ihren Ideen näher kommt, als es zweifellos das jetzige Wahlrecht tut. Die Staatsregierung wird auch nach dem Programm, das sie aufgestellt hat, im eigenen Interesse nicht anders können, wenn sie das Programm verwirklichen will, als absolut darauf zu achten — von der Zentralinstanz habe ich überhaupt nie einen Zweifel darüber gehabt —, daß auch in der letzten Instanz im Lande nicht der amtliche Apparat für irgendwelche Partei eingesetzt wird, sondern daß Licht und Schatten gleich verteilt wird, und dann werden wir, wenn wir wieder zusammenkommen oder — ich will nicht boreilig sein —, dann werden die, die hier wieder zusammenkommen werden, sehen, wie die Wähler im Lande denken.

Hilfbed (Ztr. Sp.): Wenn ich an der Erklärung des Ministerpräsidenten etwas Erfreuliches finde, so war es das, was Herr Malkewitz „das veränderte Bild“ genannt hat. Seit Jahrzehnten sind von den verschiedensten Parteien des Hauses Wünsche auf Einführung des Reichstagswahlrechts zum Ausdruck gebracht worden. Die jetzige Erklärung des Staatsministeriums hat offenbar die höhere Genehmigung gefunden. Die Frage ist aus dem Stadium der Agitation und der parteipolitischen Bestrebungen herausgerückt, und legitimiert zu einer offiziellen Erklärung der Regierung. Die Regierung wäre töricht, wenn sie sich von Reformbestrebungen abbringen ließe durch derartige Reden, wie sie heute Herr Malkewitz gehalten hat. Ich bin der Meinung, daß die konservative Partei nicht klug handelt, wenn sie sich allem und jedem Fortschritt auf diesem Gebiet entgegenstellt. Wir verlangen durchaus nicht, daß nun etwa als Konsequenz der Wodpolitik im Reich und in Preußen alle die Gesetze über den Haufen geworfen werden, deren Beseitigung wir wünschen. Glauben Sie nur, auf dem Gebiete der Gesetzgebung wird uns manches Opfer zugemutet. Vor kurzem hat die Kreuzzeitung immer gesagt, die ganze Wodpolitik gehe das preussische Abgeordnetenhaus gar nichts an, jetzt aber verlangt sie namens der Wodpolitik von uns, daß wir von unserer alten Forderung in Preußen zurückstehen. Wenn das die Wirkung der Wodpolitik sein soll, daß man uns verhindert, den gerechtfertigten Wünschen unserer Wählerschaft nachzukommen und solche Anträge zu stellen, dann danken wir eher heute wie morgen für diese Wodpolitik. Nun würde ich eine alberne Komödie aufführen, wenn ich etwa sagen wollte, daß die Staatsregierung mich enttäuscht hätte durch ihre Erklärung, daß sie heute nicht dazwischen willige, sofort das gleiche, allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht in Preußen einzuführen. Auf eine derartige Antwort haben wir nicht gerechnet. Der Reichstanzler hat einige unserer Forderungen nicht erwähnt. Ich will darauf nicht auf eine Ablehnung schließen. Ich glaube sicher, daß wir an Stelle des jetzigen indirekten Systems zum System der direkten Wahl kommen werden und vor allem zur Neuerteilung der Wahlkreise. Wir verlangen, daß die Regierung zeigt, daß sie den ersten Willen zur Durchführung der Wahlreform hat. Wir wollen praktisch arbeiten, die Partei muß deshalb auf ihrem Programm bestehen und sehen, was sie erreichen kann.

Ministerpräsident Fürst Bülow: Es ist auf die Demonstrationen hingewiesen worden, die heute vor diesem Hause stattgefunden haben. Ich brauche wohl kaum zu sagen, daß die Regierung durch Demonstrationen jedweder Art sich nicht um Haarsbreite von dem Wege abbringen lassen wird, den ihr das Staatsinteresse vorschreibt. Und ich bin überzeugt, dasselbe gilt für dies Haus ohne jeden Unterschied der Parteien. Von den Rebnern der Linken ist der Wunsch ausgesprochen, daß die Regierung bei den Wahlen Licht und Schatten gleichmäßig verteilen und eine durchaus objektive Haltung einnehmen möge. Es bedarf wohl kaum der Versicherung — ich will es aber trotzdem ausdrücklich erklären, daß ich es für die Pflicht der Regierung halte, bei den Wahlen eine ganz un-



parteiliche Haltung zu beobachten. Ich habe meinerseits in Uebereinstimmung mit allen meinen Kollegen von jeder Sorge getragen, daß dieser Pflicht auch tatsächlich genügt wird.

**Hr. v. Zebitz (freikons.):** Die Erklärung des Abg. Fischbeck, auf allen Gebieten positiv mitzuarbeiten, ist um so anerkennenswerter, als die freisinnigen Gefahr laufen, in nächster Zeit wegen ihrer Stellungnahme von der Sozialdemokratie in schwerster Art heimgesucht zu werden. Trotzdem kann ich für meine Partei Herrn Fischbeck keine Zustimmung zu dem Antrage seiner Freunde geben. Wir lehnen mit derselben Entschiedenheit wie die Staatsregierung, wie die Konservativen und Nationalliberalen ein Eingehen auf das Reichstagswahlrecht ab, weil dieses mit der historischen Entwicklung, mit der Eigenart und mit dem deutschen Verstand des preussischen Staates völlig unvereinbar ist. Aenderungsbedürftig sind höchstens die Wege, die das preussische Wahlrecht zur Erreichung seiner Ziele eingeschlagen hat. Zwar besteht auf dem platten Lande durchaus kein Bedürfnis nach einer Aenderung des bestehenden Wahlrechts. Aber für die Großstädte, für die Industriezentren, wo die Vermögen sich zusammenballen, wo auf einen Reichen eine ungleich höhere Zahl von Arbeitern kommt, dort erreicht in der Tat unser Wahlrecht nicht überall seine vorgestreckten Ziele, die hier notwendigen Aenderungen können aber nur auf Grund eines reichen Materials gemacht werden.

**Korsant (Vole)** ist für die Uebertragung des Reichstagswahlrechts.

Ein Schlußantrag wird angenommen.  
**Dr. Fackelde (fr. Vgg.)** spricht das Schlußwort. Mit besonders hochgepannten Erwartungen haben wir diesem Tage nicht entgegengekommen, da die Widerstände zu stark sind. Es muß schon als ein gewisser Fortschritt gelten, wenn erklärt wird, das Wahlrecht weise Mängel auf, die abzustellen sind. Früher hat man an derselben Stelle anders geurteilt. Wir verlangen Aenderung der Wahlkreiseinteilung. In absehbarer Zeit wird auch die Mehrheit dieses Hauses sich dem Rechtsbewußtsein der Gegenwart beugen müssen. Die Sozialdemokratie hätte darauf hinwirken sollen, daß die heutigen Straßendemonstrationen unterblieben. Wer auf die Straße hinabsteigt, der schädigt die Sache, der er nützen will.

Der erste Teil wird gegen die Stimmen der Freisinnigen, des Zentrums und der Polen, der zweite Teil gegen die der Freisinnigen, der Nationalliberalen und der Polen abgelehnt.

(Telegramm.)

\* Berlin, 11. Jan. Der Polizeipräsident gibt bekannt, daß er die Schutzmannschaft angewiesen habe, allen Morgen im Anschluß an die sozialdemokratischen Versammlungen etwa vorkommenden Straßendemonstrationen mit allem Nachdruck entgegenzutreten, er weist darauf hin, daß bei solchen Anlässen auch leicht Unbeteiligte in Mitleidenenschaft gezogen werden, weshalb er öffentlich auf diese Anweisung aufmerksam macht.

## Deutscher Reichstag.

(Ergänzung des telegraphischen Berichts.)

\* Berlin, 10. Januar.

**Abg. Gek (Soz.)** wird ebenfalls der Vorlage (betreffend den Vogelbeschuss) nur unter der Bedingung zustimmen, daß das Verbot des Krammetsvogelgangs unbedingt ausgesprochen wird. Redner bedauert dann, daß Graf v. Posadowsky hier nicht mehr anwesend sei, der wiederholt eine Verschärfung des Gesetzes in Aussicht gestellt habe. Die Degimierung in der Zahl der nützlichen Singvögel sei erschreckend. Den größten Schaden füge der Vogelwelt das Raubsystem zu, welches gerade in den allerchristlichsten Staaten getrieben werde. Der Lebensübermut der Besitzenden jage nach immer raffinierteren kulinarischen Genüssen. Damit sei der Vernichtungskrieg gegen zahlreiche Vogelarten in Oesterreich und Italien in Permanenz erklärt.

**Abg. Behrens (wirtschaftl. Vgg.):** Werde der Entwurf Gesetzes, so müsse der Vogelhandel konfessioniert werden, sonst blieben alle heutigen Uebelstände bestehen. Viel zweckmäßiger wäre es, den Vogelhandel überhaupt zu verbieten.

**Abg. Sommer (freis. Vp.):** Wenn man das ganze Volk für diese Bestrebungen gewinnen wolle, müsse man etwas einheitliches schaffen und den Vogelgang überhaupt verbieten. Die Insektenstreyer müßten das ganze Jahr geschützt werden. Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Pfeiffer (Ztr.) und v. Treuenfels (kons.) wird die Vorlage einer 21gliedrigen Kommission überwiesen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfes einer Maß- und Gewichtsordnung.

**Abg. Engelen (Ztr.)** beklagt, daß der Reichstag zum dritten Male genötigt sei, diese Vorlage in erster Lesung zu beraten. Das Hauptziel der Vorlage sei die Einführung einer regelmäßigen periodischen Racheichung, an Stelle der bisherigen polizeilichen Revision.

**Abg. Reuner (natl.)** hält eine Kommissionsberatung, da die Vorlage kein Novum sei, nicht für notwendig. Der Entwurf sei infolgedessen zu begrüßen, als er eine Einheitslichkeit für das ganze Reich schaffe.

**Abg. v. Kapfenast (kons.)** erklärt es als erfreulich, daß die Einführung eines geordneten ein Viertel- und ein Achtelstundes in das Gesetz vorgesehen sei.

**Abg. Stolle (Soz.)** bekämpft die Vorlage, die der arbeitenden Bevölkerung in den Kohlenrevieren dadurch Nachteile bringe, daß der Arbeitslohn nach dem Gewicht der Förderung berechnet werde und wünscht Kommissionsberatung.

Dagegen spricht sich **Abg. Dörmann (freis. Vp.)** aus. Von dem Prinzip der periodischen Racheichung erwarte er einen Rückgang der Bestrafungen. Die Bedenken, die man gegen die Racheichung der Fördergefäße geltend gemacht habe, erkenne er nicht als stichhaltig an.

Nachdem noch **Abg. Raab (wirtschaftl. Vgg.)** und **Delbrück (freis. Vgg.)**, die beide gegen die Kommissionsberatung sich ausgesprochen, das Wort ergriffen haben, wird der Antrag Stolle auf Kommissionsberatung abgelehnt, die zweite Lesung findet also im Plenum statt. Es tritt Vertagung ein.

Eingegangen ist eine Interpellation Seyda (Vole) und Genossen, betreffend Maßnahmen gegen die preussische Ostmarkenpolitik.

Nächste Sitzung morgen vormittag 11 Uhr: Tierhalterparagraf, Unterdrückung von Viehseuchen, Gehaltsbezüge der Handlungsgehilfen in Krankheitsfällen. Schluß nach 6 Uhr.

(Telegraphischer Bericht.)

\* Berlin, 11. Januar.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 20 Minuten.

Zu dem Gesetzentwurf betr. die Haftpflicht des Tierhalters fährt Staatssekretär Nieberding aus: Die verbündeten Regierungen haben sich zu der Vorlage entschlossen, nicht allein, um dem Reichstag ein Entgegenkommen zu zeigen, sondern auch in der Erkenntnis, daß

der jetzige Rechtszustand nicht aufrecht erhalten werden könne. Unleugbar bestehen jetzt große Härten. Künftig soll der Tierhalter nur haftbar sein für Schäden, die durch seine Schuld entstanden sind. Diese Auffassung lehre zu der Rechtsanschauung zurück, die im deutschen Volke und im deutschen Reiche von alters her maßgebend gewesen sei. Es sei behauptet worden, daß diese Vorlage bestimmte einseitige Interessen fördern solle. Die Beratungen ließen aber zweifellos erkennen, daß der Entwurf keine einseitige Tendenz verfolgte. Es sei außer Zweifel gestellt, daß es sich hauptsächlich nicht um Vorgänge in der Landwirtschaft, sondern auch im sonstigen gewerblichen Leben handle. Dem Teile des deutschen Juristentages, der diesen Entwurf rundweg abgelehnt habe, könnten sich die verbündeten Regierungen nicht anschließen.

**Abg. Hagemann (natl.)** betont: Wenn man dem Mittelstand zu Hilfe kommen wolle, so habe man jetzt hier die beste Gelegenheit dazu. Die Kommissionsberatung halte Redner für überflüssig, er bitte vielmehr um Annahme der Vorlage.

**Abg. Wagner-Sachsen (kons.)** erklärt, es sei unrichtig, daß die Vorlage nur den reichen Leuten zu gute komme. Es entspreche alten Forderungen seiner Partei, daß nur fahrlässiger oder vorsätzlicher Schaden verfolgt werden solle. Er werde der Vorlage ohne Kommissionsberatung zustimmen.

**Abg. Barenhorst (Natl.)** erklärt, seine Partei stehe selbstverständlich auf dem Boden der Vorlage. Es sei bedauerlich, daß der Juristentag zu einer abweichenden Ansicht gekommen sei. Eine Kommissionsberatung halte er für unnötig.

**Abg. Kalkenbuhl (Soz.)** erklärt, es sei wunderbar, daß bei dieser Vorlage mit einem Male auf die angebliche Volksstimmung Bezug genommen werde. Beim Dreiklassenwahlrecht legte man keinen Wert darauf. Die Junker nähmen alles, was sie kriegen können, und wenn es das trockene Brot von Witwen und Waisen ist. (Lebhafte Pfuirufe rechts, Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Redner erklärt sich für die gesetzliche Einführung der Zwangsversicherung.

**Abg. Schmidt-Marburg (Zentr.)** tritt für die Verweisung der Vorlage an eine Kommission ein.

**Abg. Ghylling (fr. Vp.):** Seine Partei stehe der Vorlage im Prinzip wohlwollend gegenüber. Die Mehrheit seiner Partei wolle eine mildere Haftpflicht des Tierhalters. Redner hält die Kommissionsberatung für nötig.

**Abg. Noth (Wirtsch. Vgg.)** betont, daß seine Freunde der Vorlage sympathisch gegenüberstehen.

**Abg. Dove (fr. Vgg.)** bestrittet, daß es sich hier darum handle, ein Stück Mittelstandspolitik zu machen. Das wäre nur zutreffend, wenn nur Barone und Millionäre überfahren würden und nicht gerade diejenigen, welche im Auftrage des Tierhalters mit den Tieren zu tun haben.

\* Berlin, 11. Jan. Die Budgetkommission des Reichstages setzte die Beratungen über den Marineetat fort. Zum Schluß wird eine Resolution über den Genossen mit einem freisinnigen Zusatzantrag angenommen, dem Reichslanzler zu eruchen, Arbeiten für die Marineverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche in bezug auf die Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten und falls Zertifikate für die betreffende Art der Arbeit am Orte des Betriebes gelten, nicht hinter den Bedingungen dieser Zertifikate zurückbleiben, sowie die Marineverwaltung anzuweisen, die Festsetzung der Neuordnung der Arbeitsbedingungen in den Reichsmarinebetrieben unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vorzunehmen.

\* Berlin, 11. Jan. Dem Reichstage ging eine von den Polen und den Mitgliedern des Zentrums unterzeichnete Interpellation zu, betreffend die Polenborlage im Abgeordnetenhause. Die Interpellation fragt den Reichslanzler, wie er die Polenborlage in Einklang bringen wolle mit dem Geiste der Reichsverfassung und mit den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches und welche Schritte er zu tun gedente, um durch die vorgesehene Enteignung des Grundbesitzes von Reichsangehörigen aus politischen Gründen die bedrohten Grundbesitzer der Rechtsordnung zu sichern.

\* Berlin, 11. Jan. Dem Reichstage ging ein Gesetzentwurf, betreffend die Aenderung des Gesetzes über das Telegraphenwesen vom 6. April 1892, zu demzufolge elektrische Telegraphenanlagen, welche ohne metallische Verbindungsleitungen Nachrichten vermitteln, nur mit Genehmigung des Reichs errichtet und betrieben werden können.

## Die Lage in Rußland.

(Telegramme.)

\* St. Petersburg, 11. Jan. Im Prozeß gegen General Stöckel, der gestern wieder begann, sagten mehrere Zeugen aus, daß Port Artzur nach des Generals Kondratens Tod unhaltbar geworden sei.

\* Warschau, 11. Jan. Gestern nacht drang eine bewaffnete Bande in das Bahnhofsgebäude der Station Sokolow und beraubte die Postkassette. Die Räuber schleuberten gegen die herbeieilende Wache eine Bombe. In dem darauf folgenden Kampfe wurden zwei Soldaten getötet. Sechs Personen wurden schwer, fünf leicht verletzt.

\* Lodz, 11. Jan. Das Kriegsgesetz verurteilte zwei Arbeiter, welche am 23. Mai v. J. den Direktor der Fabrik Posnanski ermordet hatten, zum Tode und einen Dritten, weil er die Schuldigen nicht anzeigte, zu 15 Jahren Zionsarbeit.

## Japan und Amerika.

(Telegramme.)

\* Newyork, 11. Jan. Nach einer Mitternachtsmeldung aus Washington hat sich Japan bereit erklärt, die Ausgabe von Pässen an japanische Arbeiter zur Auswanderung nach Hawaii für bestimmte Zeit einzuschränken.

\* Washington, 11. Jan. Das Staatsdepartement dementiert die Meldung, daß Amerika von Japan schrift-

liche Zusage der Beschränkung der Einwanderung verlangt habe. Die Beamten des Staatsdepartements sind erstaunt über die Meldungen, daß zwischen Japan und Amerika ernste Differenzen beständen. Die Verhandlungen seien tatsächlich befriedigend verlaufen.

## Marokko.

(Telegramme.)

\* Casablanca, 11. Jan. Der hier eingetroffene Gouverneur von Rabat, Mulay el Amid, ein Onkel des Sultans, sprach General d'Amade den Dank des Sultans an die französische Regierung aus für die Intervention der französischen Truppen und zugleich die Glückwünsche zur Einnahme der Kasbah der Medinas. Mulay el Amid fügte hinzu, Frankreich müsse in Vollen- dung des begonnenen Werkes die Aufständischen bekämpfen, bis deren Widerstand gebrochen sei.

\* Paris, 11. Jan. Mehrere Blätter melden aus Tanager, dort sei aus Fez die von einem Eingeborenen überbrachte Nachricht eingetroffen, daß Mulay Hasi einstimmig zum Sultan, und sein Oheim Mulay Abdel Salam Amrani bis zur Ankunft Mulay Hafids zum Bizekönig ausgerufen sei. Diese Nachricht, die bisher ohne weitere Bestätigung geblieben sei, hat in Tanager große Bewegung hervorgerufen.

\* Tanager, 11. Jan. Wie offiziell bestätigt wird, wurde in Fez der Sultan Abdul Afis als abgesetzt erklärt und Mulay Hasi am 4. d. M. zum Sultan proklamiert. Der Grund der Absetzung ist die Haltung Afis gegenüber den Europäern und Frankreich. Er wird beschuldigt, das Eindringen der Christen in das marokkanische Gebiet geduldet zu haben. Der heilige Krieg wurde erklärt und in Fez ein Kalifat des neuen Sultans errichtet.

\* Paris, 11. Jan. General Drube ist hier eingetroffen. Er lehnte es ab, Berichterstatter zu empfangen.

\* Paris, 10. Jan. Staatsrat El Mokri, der Vertreter des Sultans von Marokko, ist mit dem Dolmetscher der französischen Legation heute abend hier eingetroffen.

## Großherzogtum Baden.

\* Karlsruhe, 11. Januar.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog nahm heute vormittag den Vortrag des Majors Freiherrn von Beaulieu-Marcenay entgegen. Später empfing Seine Königliche Hoheit den Oberhallmeister Grafen von Sponeck vor dessen Abreise nach Altenburg, wo er Seiner Hoheit dem Herzog von Sachsen-Altenburg die Thronbesteigung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs anzeigte.

An der Frühstücksstafel der höchsten Herrschaften nahmen Ihre Durchlauchten der Fürst und die Fürstin zu Fürstentberg teil, welche von Donaueschingen hier eingetroffen sind.

Im Laufe des Nachmittags und Abends hörte Seine Königliche Hoheit der Großherzog die Vorträge des Legationsrats Dr. Seyb und des Geheimrats Dr. Nicolai.

(Großherzogliches Hoftheater.) Von der Direktion des Großh. Hoftheaters wird uns mitgeteilt: Fräulein Valia Richter, welche heute Abend ihr Gastspiel auf Engagement als Maria Stuart beginnen sollte, hat sich auf der Reise von Wien hierher eine Erkältung zugezogen. Infolgedessen ist die Künstlerin heute am Auftreten verhindert und statt „Maria Stuart“ werden „Die Räuber“ aufgeführt. Die Oper bringt in der nächsten Woche Wiederholungen von „Rigoletto“ u. „Eugene Onegin“. Sonntag den 19. wird der neuesteinführte „Rienzi“ zum erstenmal im Abonnement gegeben werden. — Frau Sigrid Arnoldson wird am 25. als Rignon und am 28. als Julia in Gounods „Romeo und Julia“ auftreten. — Die Wiederholung des „Rings der Nibelungen“ unter der Leitung von Herrn Dr. Gähler beginnt am Samstag, den 1. Februar.

Z. (IV. Künstlerkonzert.) Im vierten der von der Direktion Hans Schmidt veranstalteten Künstlerkonzerte stellte sich der Violinvirtuose Bronislaw Huberman in Wien, über dessen feines auswärtige Wäcker begeistert Berichte brachten, erstmals dem hiesigen Publikum vor. Der jugendliche Künstler hat den ihm vorhergehenden Ruf auch hier glänzend gerechtfertigt und seine außerordentlichen Künstler-eigenschaften in überzeugendster Weise darzulegen. In der stupenden Technik, der mühelosen, spielenden Bewältigung aller Schwierigkeiten den größten Meistern seines Instrumentes vollkommen ebenvirtig, von feurigstem Temperament, besitzt er alle Attribute des echten Virtuosen. Aber höher noch stellen wir sein gesundes musikalisches Empfinden, die echte Kunst, die er uns speziell in der Bethoven'schen Kreuzersonate bot. Die Art, wie er dieses Wunderwerk ansah, erreichte, speziell im zweiten und dritten Satz, eine seltene künstlerische Höhe. Die Variationen waren von einer Süße des Tons und einer Wärme der Empfindung getragen, die den Hörer staunend lauschen ließ; auch der, sonst etwas kühl, aber rhythmisch mit schärfer Prägnanz und klarer Durchdringung ausgeführte erste Satz und die geistprübende Wiedergabe des Presto trug den Stempel des Außergewöhnlichen. Mit größter Feinheit und Eleganz der Finger- und Bogentechnik interpretierte Huberman das dankbare, musikalisch aber weniger bedeutende Saint-Saens'sche Konzert. Den stärksten Applaus fand er mit den ausgesprochenen Virtuosenstücken, Schubert-Wilhelms „Ave Maria“, dessen süß gelungene Kantilene auf dem herrlichen Instrument entzückend klang, der allerdings etwas deplazierten, eigentümlicher Weise in der Tonart der Unterdominante abgehandelten Ragurta von Konisky mit ihren Doppelgriffpassagen, Trillern, Flageolets etc., dann den verschiedenen Zugaben, unter denen neben der exzellent ausgeführten Nocturne von Chopin vor allem das Rondo von Vazini zu erwähnen ist, das mit getragener phänomenaler Sicherheit im rapidesten Tempo in einer Weise gespielt wurde, wie wir es selbst von Sarasate in seiner be-



nen Zeit nicht vollendet gehört haben. In Mich. Singer hatte der Konzertgeber einen ausgezeichneten Pianisten mitgebracht, der nicht nur den Klavierpart der Sonate mit trefflichem Verständnis und Können bewältigte, die Begleitung in dem Verständnis und Können bewältigte, die Begleitung in dem Verständnis und Können bewältigte...

(Schnecker-Denkmal.) Zur Erstellung eines Denkmals für den verstorbenen Oberbürgermeister Karl Schnecker hat der Stadtrat auf Vorschlag der hierfür eingesetzten Kommission den Platz zwischen Kriegstraße und Veittheimer Allee vor dem Klaischen Garten in Aussicht genommen...

(Eisbahn.) Infolge des seit gestern abend eingetretenen Frosts sind die Eisbahnen auf dem Stadtgartensee und auf dem Rehlplatz wieder benutzbar. Wenn das Wetter anhält, werden morgen, Sonntag, beide Eisbahnen geöffnet sein.

(Aus dem Polizeibericht.) Gestern vormittag wollte ein Sergeant des hiesigen Bekleidungsamts einen Soldaten dieses Truppenteils, welcher sich ohne Urlaub entfernt hatte und sich in der Wohnung seiner Eltern, Schützenstr. 52 hier, aufhielt dort abholen. Der Soldat, schloß sich jedoch in ein Mansardenzimmer ein. Als die Türe durch einen herbeigeholten Schloßer geöffnet wurde, lag der Soldat bewusstlos auf dem Boden; er hatte sich am Hals eine Verletzung mit dem Seitengewehr beigebracht...

(Baden, 10. Jan.) Einen sehr interessanten Vortrag abend veranstaltete gestern das Städtische Kurkomitee im großen Saale des Konversationshauses und zwar sprach der dramaturgische Beirat des Großh. Hoftheaters Herr Dr. Karl Wolff aus Karlsruhe über das Thema „Großherzog Friedrich I. und die badische Kunst.“ Der Redner (der über das gleiche Thema auch hier in Karlsruhe anlässlich der Trauerfeier des Heimatsvereins einen geistvollen Vortrag gehalten hat) fand ein zahlreiches und dankbares Publikum...

(Baden, 10. Jan.) Einen sehr interessanten Vortrag abend veranstaltete gestern das Städtische Kurkomitee im großen Saale des Konversationshauses und zwar sprach der dramaturgische Beirat des Großh. Hoftheaters Herr Dr. Karl Wolff aus Karlsruhe über das Thema „Großherzog Friedrich I. und die badische Kunst.“ Der Redner (der über das gleiche Thema auch hier in Karlsruhe anlässlich der Trauerfeier des Heimatsvereins einen geistvollen Vortrag gehalten hat) fand ein zahlreiches und dankbares Publikum...

(Sommerberg, 10. Jan.) Für den neuen Feldbergturm, der im Sinne eines Denkmals für den verstorbenen Großherzog errichtet werden soll, sind bis jetzt 40 000 Mark gezeichnet. Auf den Höhen des Schwarzwaldes wird eifrig dem Ski- und Rodelsport gebuhlet. Der Schnee liegt an manchen Orten meterhoch. Die Schwarzwaldzüge treffen mit Verspätungen ein.

In Groß-Süßen, württemb. Oberamts Geislingen, ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

In Lechhausen (bair. Amtsbezirk Friedberg) ist die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Berlin, 11. Jan. Seine Majestät der Kaiser reiste um 2 Uhr 20 Min. nach Weimar ab. — Zur Eröffnung des neuen Großh. Hoftheaters in Weimar wird heute „Das Frühlings-Märchen“, ein Festgedicht von Richard Voss, aufgeführt.

Berlin, 11. Jan. Der ehemalige französische Deputierte Francis Laur hat der „Frankfurter Zeitung“ mitgeteilt, man habe seiner Majestät dem Kaiser während seines Aufenthalts in Sigmaringen ein Memorandum zur Lösung der eljahl-löthringischen Frage vorgelegt. In dieser Form ist die Behauptung, wie die „Nordb. Allgem. Ztg.“ erzählt, falsch. Wahrscheinlich müßte es heißen, daß Herr Francis Laur selbst eine umfangreiche Ausarbeitung über Eljahl-löthringen an die Adresse seiner Majestät nach Sigmaringen geschickt hat. Der Sendung des Herrn Laur konnte aber keine Beachtung geschenkt werden.

Berlin, 11. Jan. Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ meldet: Man schreibt aus Kapstadt: Der schon seit mehreren Jahren andauernde wirtschaftliche Niedergang Südafrikas macht sich auch in Südrhodensien in so starkem Maße geltend, daß die „Chartered Company“ öffentlich vor der Auswanderung dorthin warnt und allen Personen, die nicht eine bestimmte Stellung in Aussicht haben, davon abräth, nach Südrhodensien zu kommen.

Berlin, 11. Jan. Dem „Lokalanz.“ zufolge erhielten in den oberhessischen Industriebezirken Biedenkopf, Laasphe und Langenau sämtliche Kroaten Ausweisungsbefehl.

Wien, 11. Jan. Der Gemeinderat hat einen Antrag angenommen, der den Bürgermeister ermächtigt, im Landtage einen Gesuchentwurf einzubringen, der die Gemeinde Wien zur Aufnahme einer Anleihe von 360 000 000 Kronen für kommunale Zwecke berechtigt.

Budapest, 11. Jan. Das Amtsblatt veröffentlicht die Enthebung des bisherigen Vans von Kroatien, Kolozsagh, von dieser Stelle. Demselben wird in Anerkennung seiner Verdienste die Würde eines Geheimrats verliehen. Zum Vans von Kroatien wurde Paul Rauch ernannt.

Kopenhagen, 11. Jan. Der zwischen den Konservativen, der Regierungspartei und den beiden Parteien der Linken, die zusammen die Mehrheit in den beiden Kammern des Reichstages haben, ist nach langjährigen Verhandlungen ein Vergleich erzielt worden, der die Einführung des allgemeinen gleichen Kommunalwahlrechts für Männer und Frauen über 25 Jahre befürwortet. Die Wahlen sollen nach der proportionalen Wahlmethode vorgenommen werden.

Bukarest, 11. Jan. Der Gesundheitszustand Seiner Majestät des Königs ist ausgezeichnet. Die Regenschmerzen sind verschwunden. Seit Mittwoch bringt der König täglich mehrere Stunden außer Bett zu.

Konstantinopel, 11. Jan. Der deutsche Votivschäfer, Febr. Marschall v. Bieberstein, wurde nach dem geistigen Selamlif vom Sultan in Audienz empfangen.

Konstantinopel, 11. Jan. Die auf Verreiben der Zivilagenten beschlossene Reorganisation der mazedonischen Polizei schreitet fort. Dieser Tage wurde die in Saloniki neu errichtete Polizeischule unter der Leitung eines belgischen Hauptmanns und eines türkischen Majors eröffnet.

Newport, 12. Jan. Aus Tokio wird amtlich gemeldet, daß der bisherige Votivschäfer in Rom, Takahira, zum Votivschäfer in Washington ernannt worden ist.

Ann Arbor (Michigan), 10. Jan. In einer Rede über einen engeren Verband zwischen den Vereinigten Staaten und Südamerika vor einem Kongreß amerikanischer Unternehmern hob der Nationalökonom Prof. Rowe die große Erzeugnisse der Deutschen auf kommerziellen und intellektuellem Gebiet in Südamerika hervor, bestritt aber entschieden, daß die Deutschen Südamerikas politische Ziele hätten.

Rom, 10. Jan. Die Blätter beschäftigen sich eingehend mit dem Zwischenfall bei Lugh. Sie heben fast alle die bisherigen guten Beziehungen der italienischen Residenten mit den benachbarten Stämmen und besonders mit dem Regus hervor und stimmen darin überein, daß die Angelegenheit mit dem größten Eifer zu behandeln sei.

Brüssel, 10. Jan. Die Regierung übermittelte der Kolonialkommission die Antworten auf die in der letzten Sitzung gestellten Fragen. Unter anderem teilte die Regierung mit, daß im Bereich der Katanadomäne in Belgisch-Congo 106 Kupferminen entdeckt worden sind, und daß die Sondierungen die Anwesenheit von 2 000 000 Tonnen Kupfer im Werte von 3 Milliarden Franken ergeben haben. Bezüglich der Katanadomäne besagt das Schriftstück, daß im Jahre 1906 für deren Rechnung an Kaufschul für 6 374 900 Franken und an Eisen für 152 948 Franken verkauft wurden. Nach dem Angliederungsberichte habe der belgische Staat keine andere Verpflichtung, als die gegenwärtige Ausbeute der Katanadomäne selber fortzuführen, ohne daß er an ein bestimmtes System gebunden sei. Die Einkünfte sollen dem Lande zugute kommen.

Paris, 11. Jan. In Batavia in Tonkin wurden 20 Eingeborene verhaftet, welche unter dem 3. Regiment der eingeborenen Söhne eine Aufstandsbeziehung gegen die französische Herrschaft anknüpfen wollten und den Plan gefaßt hatten, die französischen Offiziere zu ermorden.

Verschiedenes.

Der Prozeß Peters-Bennigsen.

Göln, 12. Jan. Zu Beginn der heutigen Verhandlung wurde ein Brief des Rechnungsrats Schneider aus Berlin vorgelesen, worin er wegen Erklarung um kommissarische Vernehmung bittet. Der Rest der Verhandlung, welche etwa nur eine Stunde dauerte, wurde durch Verlesung des Briefwechsels zwischen Dr. Peters und dem Bischof Smithies im April 1892 ausgefüllt. Smithies bewahrt in einem Schreiben an Dr. Peters, daß er den Besuch Peters wegen der über ihn vom Klimandschazo eingetroffenen Nachrichten nicht entgegen nehmen könne. Peters weist in einem anderen Briefe an den Bischof die demselben über die Einrichtungen am Klimandschazo zugegangenen Nachrichten als falsch zurück. Sodann wurde die Verhandlung auf Mittwoch vormittag 9 Uhr vertagt. Am Montag erfolgt in Stuttgart die kommissarische Vernehmung des Staatsministers a. D. von Soden durch den Vorsitzenden.

Braunschweig, 10. Jan. Wie die „Landeszeit.“ meldet, ist auf die an Seine Majestät den Kaiser erstattete Meldung von dem Tode des Dichters Wilhelm Busch an den Telegraphenkauffmann in Reichshausen folgendes Antwortschreiben eingegangen:

„Der Kaiser und König haben die Meldung vom Hinscheiden des Dichters Wilhelm Busch mit schmerzlicher Teilnahme entgegengenommen und beklagen mit dem deutschen Volke den Tod des trefflichen Meisters, dessen heitere Muse und charakteristischer Zeichner die so köstliche Schätze geschaffen und der großen und kleinen Welt zu liebreichem Eigentum geschenkt hat. Seine Majestät lassen den Hinterbliebenen des Entschlafenen Allerhöchst ihr warmherziges Beileid ausdrücken. Im Allerhöchsten Auftrage: v. Lucasius, Wirkl. Rat, Chef des Zivilkabinetts.“

Die Vernehmung findet am kommenden Montag, 11 Uhr vormittags, in Reichshausen statt.

Duisburg, 11. Jan. Die hiesige Kriminalpolizei verhaftete eine große Einbrecherbande. Es wurde ein ganzes Lager gestohlener Sachen beschlagnahmt.

Billingen (Rheinpr.), 10. Jan. In den letzten Tagen sind hier 18 Typhusfälle vorgekommen.

St. Moritz, 11. Jan. Erzherzog Franz Ferdinand und Gemahlin sind hier eingetroffen.

Paris, 11. Jan. Gerüchtweise verlautet, die Untersuchung gegen den Ingenieur Lemoine, der gestern verhaftet wurde, habe ergeben, daß er mit seinem angeblichen Verfahren zur Herstellung künstlicher Diamanten den Präsidenten der de Weersgesellschaft sowie andere Personen in Newport, Hamburg und Berlin um große Geldsummen beschwindelt hat. Diese erschwindelten Beträge sollen sich auf 5 bis 6 Millionen belaufen.

Paris, 11. Jan. Fiard, Bischof von Montauban, ist gestorben.

Paris, 11. Jan. Hier herrscht starker Frost. Auch aus dem Osten und dem Jura wird strenge Kälte gemeldet.

Konstantinopel, 10. Jan. In den Pilgerstädten des Hedjchas kommen täglich beinahe 300 Cholerafälle vor, von denen ungefähr 80 Prozent tödlich verlaufen.

Newport, 11. Jan. Grimmige Kälte bereitete den Ausbruch des Rieterstreiks. Die Rieter zogen es größtenteils vor zu beharren, da ihnen Gas, Wasser und Dampfheizung abgeperrt worden war.

Newport, 11. Jan. Der Zustrom von Arbeitslosen zu den größeren Städten hält unvermindert an. Die öffentliche Sicherheit ist ernstlich gefährdet. In Chicago sind in drei Tagen 500 Fälle schweren Straßenraubs im Herzen der Stadt vorgekommen. Zwei Menschen wurden dabei getötet. Eine große Anzahl wurde schwer verletzt.

Santiago de Chile, 11. Jan. Vier Deutsche, die einen Ausflug nach einem chilenischen Dorfe unternahmen, wurden in der Dunkelheit von Bauern für Räuber gehalten und beschossen. Ein Deutscher wurde getötet, die anderen entkamen. Die Gegend ist angeblich schon lange durch Räuber unsicher gemacht.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 11. Januar 1908.

Während die Depression, die gestern über Westrußland gelegen war, abgezogen ist, hat sich hoher Druck auf Mitteleuropa verlagert; am Morgen wies er einen Kern von mehr als 775 mm über Süddeutschland auf. Im größten Teil Deutschlands herrschte am Morgen bei leichtem bis mäßigem Frost meist trübes Wetter mit Schneefällen, nur im Süden hatte es aufgeföhrt und der Frost hatte sehr erheblich zugenommen (Karlsruhe — 14 Grad, München — 18 Grad). Vorerst ist noch klares Wetter mit strengem Frost zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden vom 11. Januar früh:

Lugano wolkenlos — 2 Grad; Biarritz bedeckt 1 Grad; Triest heiter — 1 Grad; Florenz bedeckt 3 Grad; Rom bedeckt 10 Grad; Cagliari heiter 12 Grad; Brindisi heiter 10 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Table with columns: Januar, Barom. mm, Therm. in C., Absol. Feucht. in mm, Feuchtigk. in Proz., Wind, Himmel. Data for 10. Nachts, 11. Morgs., 11. Mittags.

Höchste Temperatur am 10. Januar: 1.6 niedrige in der darauffolgenden Nacht: — 14.5.

Niederschlagsmenge des 10. Januar: 0.7 mm.

Schneehöhe: Am 11. Januar, morgens 7 Uhr = 6 cm.

Wasserstand des Rheins am 11. Januar, früh: Schutterinsel 1.03 m, gestiegen 3 cm; Rehl 1.55 m, gestiegen 5 cm; Magan 2.99 m, gefallen 2 cm; Mannheim 2.09 m, gefallen 2 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Raß in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Zwei kleine Mädchen erholen sich prächtig.

Hamburg, Johannis Krippe, Grindelberg 22, 13. April 1907. „Des öfters schon habe ich mit Scotts Emulsion sehr gute Erfolge erzielt und bin ich auch mit der Wirkung dieses Präparates, das ich leithin längere Zeit bei zwei meiner Pflegebefohlenen angewendet, äußerst zufrieden. Das kleine Mariechen, 1 1/2 Jahre alt, war sehr heruntergekommen, sah welt und elend aus und hatte auch gar keinen Appetit. Die Kleine zählte außerdem sehr schwer. Schon nach Verbrauch einer Flasche Scotts Emulsion hatte sie sich merklich erholt und bekam bei weiterem Gebrauch die Zähne ohne irgendwelche Beschwerden. Ueberhaupt hat sich das Kind so fabelhaft herausgemacht, daß es nun tüchtig herumläuft. Das zweite gleichaltrige Mädchen, namens Malwine, das an den Folgen von Verdauungsstörungen und Husten litt, ist durch den Gebrauch Ihres Präparates ebenfalls zusehends kräftiger geworden. Im Verlauf eines Vierteljahres haben sich die beiden Kleinen zu unserer großen Freude wirklich prächtig erholt.“ (gez.) Schwester Gertrud.

Warum trug Scotts Emulsion in so glänzender Weise zur Kräftigung der beiden kleinen Mädchen bei? Vermöge ihrer zweckmäßigen Zusammensetzung aus nur erstklassigen Rohmaterialien und deren Verarbeitung im bewährten Scottischen Verfahren, wobei der Potent-Extrakt in kleinste Tröpfchen zerteilt und so vollkommen verdaulich gemacht wird, daß jeder Säugling ihn leicht vertragen und seine volle Nährkraft in sich aufnehmen kann.

Scotts Emulsion wird von uns ausschließlich im Großen verkauft, und zwar nie lose nach Gewicht oder Maß, sondern nur in versiegelten Originalflaschen in Karton mit unserer Schutzmarke (Fischer mit dem Dorsch). Scott & Bowne, G. m. b. H., Frankfurt a. M.

Bestandteile: Feinster Medizinal-Extrakt 150,0, prima Glycerin 50,0, unterphosphorigsaure Kalz 4,3, unterphosphorigsaures Natrium 2,0, pulv. Tragant 3,0, feinstes arab. Gummi pulv. 2,0, destill. Wasser 129,0, Alkohol 11,0. Hierzu aromatische Emulsion mit Zimt-, Mandel- und Gaultheriaöl je 2 Tropfen.

Bei Verfezierungen empfehlen sich den Herren Beamten folgende Möbeltransport-Geschäfte. List of furniture transport companies in various cities like Albern, Hagen, Karlsruhe, Konstanz, Mannheim, Pforzheim, Sigmaringen, Weingarten.

Polologlow - Cigaretten werden von Kennern bevorzugt.

En gros. Julius Strauss, Karlsruhe. En détail. numm. Kaiserstrasse 189 zwisch. Herren- u. Waldstr. Bedeutendes Spezialgeschäft in Besatzartikeln, aller Arten Besatzstoffen, Passanterien, Stippen, Knöpfen, Weißwaren, Handschuhen, Kravatten, Häkern. Ständiger Eingang von Neubetter.

Brunnenbauten :: Wassergewinnungs - Anlagen, Tiefbohrungen, Quellerschliessungen, Quellsungen, Schachtbohrungen. WILH. RECK, Karlsruhe, Bahnhofstr. 48, Telefon 2271.



**Himmelheber & Vier**, grösstes Spezial-Wäsche-Ausstattungs-geschäft, liefern kompl. Braut- u. Baby-Ausstattungen  
 Inhaber: Louis Vier, Hoflieferant eigene Wäschefabrik mit Wasch- u. Bügel-Anstalt in jeder Preislage  
**KARLSRUHE, Kaiserstrasse 171.** vom billigsten Katalogpreis bis kunstgewerblich. Ausführung

**Dr. med. Hans Stöhr**  
 prakt. Arzt und Zahnarzt (aktiv 1876)  
 gest. den 4. Januar zu Markt-Bibart  
 geziemend in Kenntnis zu setzen.  
 Heidelberg, den 9. Januar 1908.  
 Der C.C. der Suevia zu Heidelberg.  
 I. A.: Krapp (XXX). D 573

Der diesjährige grosse  
**Inventur-  
 Räumungs - Verkauf**  
 mit ausserordentlich vorteilhaften An-  
 geboten in allen Abteilungen beginnt  
**Montag den 13. Januar**  
**S. Model**  
 Hoflieferant

Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904  
 Unübertroffen zur Erhaltung einer schönen Haut  
**KALODERMA**  
 KALODERMA-GELÉE \* KALODERMA-SEIFE  
 KALODERMA-PUDER.  
**F. WOLFF & SOHN, KARLSRUHE**  
 Zu haben in Apotheken, bess. Parfümerie-, Drogen- u. Friseur-Geschäften.

**Thürmer-Pianinos**  
 gehören in mittlerer Preislage (M. 550-750)  
 zu den besten und schönsten Klavieren.  
 Alleinige Vertretung:  
**Ludwig Schweisgut**  
 Hoflieferant Karlsruhe Erbprinzenstr. 4 D 486

**Geschenkt 10 Celloidin-  
 Postkarten**  
 bei Einkauf von 1 Dbd. Trockenplatten, Marke „Maximum“,  
 9x12 13x18 um sich von der vorzüglichen Qualität der  
 1.50 2.85 Ware zu überzeugen. R. 889.6.  
**Photographische Industrie, Kaiserstr. 33**  
 Inhaber: J. H. Stegmeler.

**Wach- und Schliessgesellschaft m. b. H.**  
 Waldstrasse 37 **Karlsruhe** Telephon Nr. 1417. 9187

**Für Architekten,  
 Ingenieure und Baubureaus!**  
 Zur gefälligen Kenntnisnahme, daß in der chemographischen Verbie-  
 fähigungs-Anstalt mit elektrischem Betrieb, Vorholzstrasse 48, ein  
 neues Verfahren für Planzeichnungen und Karten eingeführt ist. Dasselbe er-  
 setzt vollkommen den teureren Zink- u. Steindruck. Die Drücke können in jeder  
 Größe bis zu 2 m auf jedes Papier, Leinwand und Karton hergestellt werden,  
 dieselben sind unbegrenzt dauerhaft und von den hiesigen Behörden und hervor-  
 ragenden Architekten als das Beste und Vollkommenste anerkannt für Bauzei-  
 gungen und Vorlagen an Behörden. Als Unterlage dient eine soj. Delapause,  
 wie solche auch zu den gewöhnlichen Lichtpausen verwendet werden. R. 824.16.  
 Ein Versuch mit diesem Verfahren wird das Obenangeführte vollstän-  
 dig bestätigen.  
**Teleph. 1612 J. Dolland, Vorholzstrasse 48.**

auf den Lebensfall bei der 1838 gegr. **Preussi-  
 schen Renten-Versicherungs-Anstalt** in  
 Berlin. D. 413.4.1  
**Oeffentliche Versicherungsanstalt.**  
 und **Einkommenserhöhung, Altersversorgung**  
**Kapitalversicherung für Studium, Militärdienst,**  
**Aussteuer.** Aufnahme ohne ärztliche Untersuchung.  
**Portofreier Rentenbezug ohne Lebenszeug-**  
**nis** unter den von der **Direktion** zu erfahrenden  
 Bedingungen. — Sir erste Verschwiegenheit.  
 Nähere Auskunft, Tarife und Prospekte kostenfrei bei:  
**Goswin Metz, Karlsruhe, Eis nlohstrasse 19.**

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe.  
 Die  
**Bedeutung des Allmendbesitzes**  
 in der Gegenwart  
 Von  
**Dr. Ahron Eliasberg**  
 Volksw. Abhandlungen der Bad. Hochschulen. IX. Band. 6. Ergänzungsheft.  
 Preis M. 1.80  
 Zu beziehen durch jede Buchhandlung und direkt vom Verlag.

**Badische Landwirtschaftskammer.**  
 Dienstag den 28. Januar d. J., nachmittags 3 1/2 Uhr,  
 im großen Rathhause in Karlsruhe  
**ordentliche Versammlung.**  
 Tagesordnung.  
 1. Anträge der Geschäftsordnungskommission: a. Abänderung der Sat-  
 zungen, b. Genehmigung der Geschäftsordnung.  
 2. Boranschlag für 1908.  
 3. Genehmigung des Dienstvertrages mit dem angustellenden Sekretär.  
 4. Miete und Einrichtung der Geschäftsstelle.  
 5. Wahl der Ausschüsse.  
 6. Vertretung bei der Produkten-Wörje in Mannheim und bei weiteren  
 landwirtschaftl. Preisnotierungsstellen.  
 7. Genossenschaftliche Viehversicherung.  
 8. Hagelversicherung.  
 Die Verhandlungen werden, soweit erforderlich, an den folgenden Tagen  
 fortgesetzt.  
 Der stellvertretende Vorsitzende:  
**J. Saenger.**

**Otto Fischer**  
 Grossh. Hoflieferant  
 (born. J. Eißler), Karlsruhe,  
 Kaiserstr. 130, Telephon 970,  
 empfiehlt: **Vollständige Betten**  
 jeder Art und Preislage, ganze  
**Wäsche-Ausstattungen** in vorzüg-  
 licher Ausführung.

**Plissée**  
 hoch und flach R 332  
**Kurbelstickerie**  
 Anfertigung von Stoffknöpfen.  
**L. Schüller**  
 Kaiserstrasse 127.

**Briefmarken-Albuns**  
 in jeder Preislage empfiehlt  
**Oskar Vogel, Kreuzstr. 3.**

**Bayern-  
 PATENT-  
 BÜROS**  
 Anmeldung  
 Verwertung  
**talent-**  
 Karlsruhe Telephon Nr. 2440.

**HERZ SCHUHWAAREN**  
 mit dem Herz auf der Sohle  
 bestes  
 Fabrikat  
 Hauptniederlage bei:  
**H. Freyheit, Kaiserstr. 117**  
 Teleph. 1271

Ia Holländische **Torfstreu**  
**Bruno Wandowski, Duisburg a. Rh.**  
 D 126

Kgr. Sachs.  
**Technikum  
 Mittweida**  
 Direktor: Professor Holz.  
 Höhere technische Lehranstalt  
 für Elektro- u. Maschinentechnik.  
 Sonderabteilungen für: Ingenieure,  
 Techniker u. Werkmeister,  
 Elektrot. u. Masch.-Laboratorien,  
 Lehrfabrik-Werkstätten.  
 86. Schulj.; 2610 Besucher.  
 Programm etc. kostenlos  
 v. Sekretariat. D 514.13.

**Konzert  
 und Theater im Saal** durch  
 die vollkommene  
 Sprechmaschine:  
**Mill-  
 Opera**  
 Interessant-Katalog gratis  
 Otto Jacob sen. Berlin, Un-  
 Friedenstr. 9  
**Bequemste  
 Monatsraten!**

Der Unterzeichnete liefert gegen  
**Ratenzahlung**  
 ohne Anzahlung, ohne Preiser-  
 höhung unter weitgehendster Garantie  
**Pianinos  
 Flügel  
 Harmoniums**  
 von den billigsten bis zu den her-  
 vorragendsten Marken 1. Ranges.  
 Strengste Diskretion.  
 Prospekt bitte zu verlangen.  
**H. Maurer, Hoff.**  
 Piano- und Harmoniumlager  
**Karlsruhe, Friedrichspl. 5.**

**Geschwister Baer**  
 (Jenny und Berta Baer)  
 Kaiserstr. 149, I. Etage (Haus Büchle)  
**Spezial-Haus**  
 für Braut- und Kinder-Ausstattungen  
 Fertige Damen- und Kinder-Wäsche  
 Aparte Blusen  
 — Sehr mässige Preise —

**Gebr. Ettliger** Hof-  
 lieferanten  
 Kaiserstr. 199 Gegründet 1851 Telephon 520  
**Spezialhaus f. Besatzartikel u. Spitzen**  
 Grösste Auswahl. Besätzen, Stickeren  
 Spitzen, Garnituren, Knöpfen, Bändern  
 Neue Abteilungen für  
 Blusen, fussfreie Röcke, Unterröcke  
 : Handschuhe, Strümpfe, Schleiern :

**Rechtspraktikant**  
 kann bei uns sofort als Koloniat  
 eintreten.  
**Jacobi.**  
 D. 364.1  
 Öffentliche Zustellung.  
 D. 417.2.1. Heidelberg. Die Firma  
 R. Wauer, Seidenhaus zu Heidelberg,  
 vertreten durch Rechtsanwalt Dr.  
 Ehrenbacher, Nürnberg, klagt gegen  
 Fr. Paula Riefer, früher in Heidel-  
 berg, zurzeit unbekanntem Aufent-  
 haltes, aus Warenlieferung vom  
 1903/05, mit dem Antrage auf Ver-  
 urteilung zur Zahlung von 66 M.  
 67 Pf. nebst 4 Proz. Zinsen aus 61 M.  
 02 Pf. seit 6. Januar 1905, und ladet  
 die Beklagte zur mündlichen Verhand-  
 lung des Rechtsstreits vor das Großh.  
 Amtsgericht zu Heidelberg auf  
 Dienstag den 25. Februar 1908,  
 vormittags 9 1/2 Uhr.  
 Zum Zwecke der öffentlichen Zu-  
 stellung wird dieser Auszug der Klage  
 bekannt gemacht.  
 Heidelberg, den 8. Jan. 1908.  
**Arnold,**  
 Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts.

**Groß. Bad. Staats-  
 Eisenbahnen.**  
**Ausnahmetarif für Eis.**  
 Mit sofortiger Wirkung wird der auf  
 Seite 117 des badischen Binnengüter-  
 tarifs, Abteil. 1, vom 1. März 1907  
 enthaltene zeitweilige Ausnahmetarif  
 für Eis in Wagenladungen in Kraft  
 gesetzt. D. 589  
 Karlsruhe, den 11. Januar 1908.  
 Groß. Generaldirektion.